

# Neues aus dem Recht

Was tut sich derzeit?



# Neues aus dem Recht

Was tut sich derzeit?

Stand Novellierung Abfallbeauftragtenverordnung

Entwurf Verpackungsgesetz

Stand Novellierung Gewerbeabfallverordnung

Änderung LAGA M18 und Feststellung der LAGA-AG

Entwurf KrWG: Streichung der Heizwertklausel

LAGA M31 A

# Neues aus dem Recht

Was tut sich derzeit?

Stand Novellierung Abfallbeauftragtenverordnung

Entwurf Verpackungsgesetz

Stand Novellierung Gewerbeabfallverordnung

Änderung LAGA M18 und Feststellung der LAGA-AG

Entwurf KrWG: Streichung der Heizwertklausel

LAGA M31 A

# Rechtsgrundlagen

## Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG 2012

### § 59 Bestellung eines Betriebsbeauftragten für Abfall

(1) ... Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bestimmt nach Anhörung der beteiligten Kreise (§ 68) durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Anlagen nach Satz 1, deren Betreiber Abfallbeauftragte zu bestellen haben.

#### Entwurf Zweite Verordnung zur Fortentwicklung der abfallrechtlichen Überwachung

##### Artikel 2

Verordnung über Betriebsbeauftragte für Abfall  
(Abfallbeauftragtenverordnung – AbfBeauftrV)

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung (Stand 24.08.2016, BR-Drucksache 477/16)

## § 2 Pflicht zur Bestellung

Einen betriebsangehörigen Abfallbeauftragten zu bestellen haben:

1. die Betreiber folgender Anlagen:

a)

b)

c) Krankenhäuser und Kliniken, **soweit pro Kalenderjahr mehr als 2 Tonnen gefährliche Abfälle anfallen** sowie ..

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

**§ 3 Mehrere Abfallbeauftragte**

**§ 4 Gemeinsamer Abfallbeauftragter**

**§ 5 Nicht betriebsangehöriger Abfallbeauftragter**

**§ 6 Abfallbeauftragter für Konzerne**

**§ 7 Ausnahme von der Pflicht zur Bestellung eines Abfallbeauftragten**

Die zuständige Behörde **hat auf Antrag** den zur Bestellung Verpflichteten von seiner Pflicht zu befreien, wenn die Bestellung im Einzelfall im Hinblick auf die Größe der Anlage, des Rücknahmesystems oder der Rücknahmestelle oder auf die Art oder Menge der entstehenden, angelieferten oder zurückgenommenen Abfälle nicht erforderlich ist.

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 8 Zuverlässigkeit

(2) Die erforderliche Zuverlässigkeit ist in der Regel nicht gegeben, wenn die betroffene Person

1. wegen Verletzung der Vorschriften

...

d) des Gewerbe-, Arbeitsschutz- oder Fahrgutrechts oder  
e) des Betäubungsmittel-, Waffen- oder Sprengstoffrechts  
innerhalb der letzten fünf Jahre mit einer Geldbuße in Höhe  
von mehr als fünfhundert Euro belegt oder zu einer Strafe  
verurteilt worden ist,

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 8 Zuverlässigkeit

(2) Die erforderliche Zuverlässigkeit ist in der Regel nicht gegeben, wenn die betroffene Person

2. wiederholt oder grob pflichtwidrig

- a) gegen Vorschriften nach Nummer 1 Buchstabe b bis e verstoßen hat oder
- b) seine Pflichten als Abfallbeauftragter oder als Betriebsbeauftragter für Immissionsschutz oder Gewässerschutz, als Strahlenschutzbeauftragter oder als Störfallbeauftragter verletzt hat,



# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 8 Zuverlässigkeit

(2) Die erforderliche Zuverlässigkeit ist in der Regel nicht gegeben, wenn die betroffene Person

~~5. aus gesundheitlichen Gründen nicht nur vorübergehend unfähig ist, die Abfallbeauftragtentätigkeit ordnungsgemäß auszuüben.~~

3. infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat, oder

4. sich nicht in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen befindet, es sei denn, dass dadurch die Interessen des zur Bestellung Verpflichteten nicht gefährdet sind.

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 8 Zuverlässigkeit

(3) Zum Nachweis der Zuverlässigkeit sind dem zur Bestellung Verpflichteten bei der Bestellung und wenn eine Überprüfung der Zuverlässigkeit aus anderen Gründen erforderlich ist, folgende Unterlagen vorzulegen:

1. ein Führungszeugnis, Belegart N,
2. eine personenbezogene Auskunft aus dem Gewerbezentralregister, Belegart 1, sofern ein Eintrag vorhanden ist.

Der zur Bestellung Verpflichtete hat die Unterlagen der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 9 Fachkunde

(1) Die nach § 60 Absatz 3 Satz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Verbindung mit § 55 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erforderliche Fachkunde ist gegeben, wenn der Abfallbeauftragte

1. auf einem Fachgebiet, dem die Anlage, der Betrieb eines Betriebes im Sinne des § 27, das Rücknahmesystem oder die Rücknahmestelle hinsichtlich der Anlagen- oder Verfahrenstechnik oder der Betriebsvorgänge zuzuordnen ist,

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 9 Fachkunde

(1) Die nach § 60 Absatz 3 Satz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Verbindung mit § 55 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erforderliche Fachkunde ist gegeben, wenn der Abfallbeauftragte ...

- a) ein Hochschul- oder Fachhochschulstudium abgeschlossen hat,
- b) eine kaufmännische, technische oder **sonstige** Fachschul- oder Berufsausbildung besitzt oder
- c) eine Qualifikation als Meister vorweisen kann,

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 9 Fachkunde

- (1) Die nach ...Fachkunde ist gegeben, wenn der Abfallbeauftragte ...
2. während einer zweijährigen praktischen Tätigkeit Kenntnisse erworben hat über
  - a) die Anlage, der Betrieb eines Besitzers im Sinne des § 27 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, das Rücknahmesystem oder die Rücknahmestelle, für die der Abfallbeauftragte bestellt werden soll, oder über Anlagen, Betriebe oder Rücknahmesysteme, die im Hinblick auf die Aufgaben des Abfallbeauftragten vergleichbar sind,

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 9 Fachkunde

(1) Die nach ...Fachkunde ist gegeben, wenn der Abfallbeauftragte ...

2. während einer zweijährigen praktischen Tätigkeit Kenntnisse erworben hat über ...

b) die Vermeidung und die Bewirtschaftung der in der Anlage, in dem Betrieb oder dem Rücknahmesystem anfallenden Abfälle und

c) die hergestellten Erzeugnisse sowie

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 9 Fachkunde

(1) Die nach ...Fachkunde ist gegeben, wenn der Abfallbeauftragte ...

3. an einem oder mehreren von der zuständigen Behörde anerkannten Lehrgängen, in denen Kenntnisse entsprechend der Anlage 1 vermittelt worden sind, teilgenommen hat.

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 9 Fachkunde

(2) Der Abfallbeauftragte muss durch geeignete Fortbildung über den für seine Tätigkeit notwendigen aktuellen Wissensstand verfügen. Dazu hat der zur Bestellung Verpflichtete sicherzustellen, dass der Abfallbeauftragte regelmäßig, mindestens alle zwei Jahre, an **von der zuständigen Behörde anerkannten Lehrgängen**, in denen Kenntnisse entsprechend der Anlage 1 vermittelt werden, teilnimmt. ~~Der Abfallbeauftragte hat dem zur Bestellung Verpflichteten eine Bescheinigung über die Lehrgangsteilnahme auszuhändigen. Der zur Bestellung Verpflichtete hat diese Bescheinigung der zuständigen Behörde **unaufgefordert vorzulegen.**~~



# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 9 Fachkunde

(3) Zum Nachweis der Fachkunde sind dem zur Bestellung Verpflichteten bei der Bestellung und wenn eine Überprüfung der Fachkunde aus anderen Gründen erforderlich ist, folgende Unterlagen vorzulegen:

1. ein Nachweis der beruflichen Qualifikation nach Absatz 1 Nummer 1,
2. ein Nachweis über die zweijährige praktische Tätigkeit nach Absatz 1 Nummer 2 und
3. eine Bescheinigung über die Teilnahme an dem zuletzt besuchten Lehrgang nach Absatz 1 Nummer 3 oder Absatz 2 Satz 2.

**Der zur Bestellung Verpflichtete hat die Unterlagen der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.**

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 10 Übergangsvorschrift

~~Für Abfallbeauftragte, die am [einsetzen Tag des Inkrafttretens der Verordnung] bereits als solche bestellt sind und die Anforderungen gemäß § 9 Absatz 1 nicht erfüllen, haben die zur Bestellung nach § 2 Verpflichteten Sorge zu tragen, dass der Abfallbeauftragte bis zum [einsetzen **6 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung**] an einem oder mehreren von der zuständigen Behörde anerkannten Lehrgängen, in denen Kenntnisse entsprechend der Anlage 1 vermittelt werden, teilnimmt. Der Abfallbeauftragte hat dem zur Bestellung Verpflichteten eine Bescheinigung über die Lehrgangsteilnahme auszuhändigen. **Der zur Bestellung Verpflichtete hat diese Bescheinigung der zuständigen Behörde unaufgefordert vorzulegen.**~~

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 10 Übergangsvorschrift

(1) Die Anforderungen des § 9 Absatz 1 gelten nicht für Abfallbeauftragte, die am [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1] bereits bestellt worden sind. Die Pflicht zur Teilnahme an einem von der zuständigen Behörde anerkannten Lehrgang gemäß § 9 Absatz 2 ist spätestens am [einsetzen: Datum des Tages **24 Monate** nach Inkrafttreten dieser Verordnung nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1] erstmals zu erfüllen.

# Entwurf Abfallbeauftragtenverordnung

## § 10 Übergangsvorschrift

(2) Abfallbeauftragte, die nach den Vorschriften dieser Verordnung erstmals bestellt werden, haben die Pflicht zur Teilnahme an einem von der zuständigen Behörde anerkannten Lehrgang gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 3 spätestens am [einsetzen: Datum des Tages 24 Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1] zu erfüllen.

# Anlage 1 Lehrgangsinhalte

Die Lehrgänge sollen Kenntnisse insbesondere über folgende Bereiche vermitteln:

I. Kenntnisse des Abfallrechts und der Abfalltechnik

1. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz, insbesondere

a) den Anwendungsbereich,

b) ....

2. die auf Grund des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ergangenen Rechtsverordnungen,

3. die weiteren abfallrechtlichen Gesetze, insbesondere

a) das Elektro- und Elektronikgerätegesetz und

b) das Batteriegesetz,

4. das Recht der Abfallverbringung,

5. die für die Abfallwirtschaft einschlägigen EU-rechtlichen Grundlagen,

6. die für die Abfallwirtschaft einschlägigen inter- und supranationalen Übereinkommen,

7. die für die Abfallwirtschaft einschlägigen landesrechtlichen Grundlagen,

8. das für die Abfallwirtschaft einschlägige kommunale Satzungsrecht,

9. die für die Abfallwirtschaft einschlägigen Verwaltungsvorschriften, Vollzugshilfen (insbesondere der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall), technische Anleitungen,

Merkblätter und Regeln (insbesondere zum Stand der Technik und zur besten verfügbaren Technik),

# Anlage 1 Lehrgangsinhalte

Die Lehrgänge sollen Kenntnisse insbesondere über folgende Bereiche vermitteln:

I. Kenntnisse des Abfallrechts und der Abfalltechnik

10. das Verhältnis des Abfallrechts zu anderen Rechtsbereichen, insbesondere zum

a) Baurecht,

b) Immissionsschutzrecht,

c) Chemikalienrecht,

d) Wasserrecht,

e) Bodenschutzrecht und

f) Seuchen- und Hygienerecht,

11. die Vorschriften der betrieblichen Haftung,

12. die Vorschriften des Arbeitsschutzes,

13. die betrieblichen Risiken und die einschlägigen Versicherungen sowie

14. die Bezüge zum Güterkraftverkehrs- und Gefahrgutrecht.

15. Art und Beschaffenheit von gefährlichen Abfällen,

16. schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen, die von Abfällen ausgehen können, und Maßnahmen zu ihrer Verhinderung oder Beseitigung,

17. anlagen-, verfahrenstechnische und sonstige Maßnahmen der Vermeidung, der ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung und Beseitigung von Abfällen unter Berücksichtigung des Standes der Technik.

# Anlage 1 Lehrgangsinhalte

Die Lehrgänge sollen Kenntnisse insbesondere über folgende Bereiche vermitteln:

## II. Kenntnisse über die Pflichten und Rechte des Abfallbeauftragten

### 1. die Pflichten des Abfallbeauftragten, insbesondere

- a) die Kontrolle der Einhaltung abfallrechtlicher Vorschriften
- b) die Information der Betriebsangehörigen über Belange der Vermeidung und Bewirtschaftung von Abfällen
- c) die Abgabe von Stellungnahmen zu Investitionsentscheidungen und Vorschläge zur Einführung umweltfreundlicher und abfallarmer Verfahren sowie zur Herstellung umweltfreundlicher und abfallarmer Erzeugnisse
- d) die Erstellung eines jährlichen, schriftlichen Berichtes an den zur Bestellung Verpflichteten über die nach § 60 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 bis 5 getroffenen und beabsichtigten Maßnahmen
- e) Optimierungspotenziale bei Abfällen: Reduzierung von Entsorgungskosten durch Methoden zur kostenoptimalen Abfallwirtschaft

### 2. die Rechte des Abfallbeauftragten, insbesondere

- a) das Vortragsrecht
- b) das Benachteiligungsverbot und den Kündigungsschutz

### 3. das Verfahren zur Bestellung von Abfallbeauftragten

# Fazit

- Bisherige BfA können nach Besuch eines Lehrgangs weiter bestellt bleiben.
- Ausscheidende BfA können schlechter neu besetzt werden.
- Die Anforderungen an die Fachkunde sind höher als an die von Gefahrgutbeauftragten.
- Die Anforderungen an die Weiterbildung sind höher als die bei Gefahrgutbeauftragten.
- Bisher etablierte Weiterbildungsplattformen (z.B. Krankenhaus-Umwelttag NRW) können keine Weiterbildungen mehr bescheinigen.



# Neues aus dem Recht

Was tut sich derzeit?

Stand Novellierung Abfallbeauftragtenverordnung

Entwurf Verpackungsgesetz

Stand Novellierung Gewerbeabfallverordnung

Änderung LAGA M18 und Feststellung der LAGA-AG

Entwurf KrWG: Streichung der Heizwertklausel

LAGA M31 A

# Entwurf Verpackungsgesetz

Das Bundes  
2015 einen  
(WertstoffG  
Halbjahr 20  
Kommunen  
weiterentwi  
Wertstoffge  
sogenannte  
nicht konse  
Insbesonde  
Verantwort  
und von sto  
beigelegt w



ktober

m ersten  
und

mfassendes  
g auf  
ert, derzeit

abfällen  
icht

# Entwurf Verpackungsgesetz

Eine flächendeckende gemeinsame Erfassung von Verpackungsabfällen und stoffgleichen Nichtverpackungen wird somit nicht mehr vorgeschrieben. Allerdings soll die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und dualen Systemen bei der freiwilligen Einführung einer einheitlichen Wertstoffsammlung erleichtert werden.

# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 1 Abfallwirtschaftliche Ziele

(1) Dieses Gesetz legt Anforderungen an die Produktverantwortung nach § 23 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für Verpackungen fest. Es bezweckt, die Auswirkungen von Verpackungsabfällen auf die Umwelt zu vermeiden oder zu verringern. Um dieses Ziel zu erreichen, soll das Gesetz das Verhalten der Verpflichteten so regeln, dass Verpackungsabfälle vorrangig vermieden und darüber hinaus einer Vorbereitung zur Wiederverwendung oder dem Recycling zugeführt werden. Dabei sollen die Marktteilnehmer vor unlauterem Wettbewerb geschützt werden.

(2) Durch eine gemeinsame haushaltsnahe Sammlung von Verpackungsabfällen und weiteren stoffgleichen Haushaltsabfällen sollen zusätzliche Wertstoffe für ein hochwertiges Recycling gewonnen werden.

# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 2 Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für alle Verpackungen.

# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 3 Begriffsbestimmungen

(7) Restentleerte Verpackungen sind Verpackungen, deren Inhalt bestimmungsgemäß ausgeschöpft worden ist.

(8) Schadstoffhaltige Füllgüter sind die in der Anlage 2 näher bestimmten Füllgüter.

# Entwurf Verpackungsgesetz

## Anlage 2 (zu § 3 Absatz 8)

Schadstoffhaltige Füllgüter im Sinne von § 3 Absatz 8 sind

1. Stoffe und Zubereitungen, die bei einem Vertrieb im Einzelhandel dem Selbstbedienungsverbot nach § 4 Absatz 1 der Chemikalienverbotsverordnung unterliegen würden,
2. Pflanzenschutzmittel, die ... nur an Erwerber abgegeben werden dürfen, die über einen Sachkundenachweis ... verfügen,
3. Zubereitungen von (MDI), ... sowie
4. Öle, flüssige Brennstoffe und sonstige ölbürtige Produkte, die als Abfall unter die Abfallschlüssel 12 01 06, 12 01 07, 12 01 10, 16 01 13 oder 16 01 14 oder unter Kapitel 13 der Anlage zur Abfallverzeichnis-Verordnung fallen würden.

# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 3 Begriffsbestimmungen

(7) Restentleerte Verpackungen sind Verpackungen, deren Inhalt bestimmungsgemäß ausgeschöpft worden ist.

(8) Schadstoffhaltige Füllgüter sind die in der Anlage 2 näher bestimmten Füllgüter.

(11) Endverbraucher ist derjenige, der die Ware in der an ihn gelieferten Form nicht mehr gewerbsmäßig weiter veräußert.



# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 3 Begriffsbestimmungen

(12) Private Endverbraucher sind private Haushaltungen und diesen nach der Art der dort anfallenden Verpackungsabfälle vergleichbare Anfallstellen. Vergleichbare Anfallstellen im Sinne von Satz 1 sind insbesondere Gaststätten, Hotels, Kantinen, Verwaltungen, Kasernen, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, karitative Einrichtungen, Freiberufler, typische Anfallstellen des Kulturbereichs wie Kinos, Opern und Museen, sowie des Freizeitbereichs wie Ferienanlagen, Freizeitparks, Sportstadien und Raststätten. Vergleichbare Anfallstellen im Sinne von Satz 1 sind außerdem landwirtschaftliche Betriebe und Handwerksbetriebe, deren Verpackungsabfälle mittels haushaltsüblicher Sammelgefäße für Papier, Pappe, Karton und Leichtverpackungen, jedoch maximal mit einem 1.100-Liter-Umleerbehälter je Materialgruppe, im haushaltsüblichen Abfuhrhythmus entsorgt werden können.

# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 8 Branchenlösung

(1) Die Pflicht eines Herstellers nach § 7 Absatz 1 entfällt, soweit er die von ihm in Verkehr gebrachten systembeteiligungspflichtigen Verpackungen bei nach § 3 Absatz 12 Satz 2 und 3 den privaten Haushaltungen gleichgestellten Anfallstellen, die von ihm entweder selbst oder durch zwischengeschaltete Vertreiber in nachprüfbarer Weise beliefert werden, unentgeltlich zurücknimmt und einer Verwertung entsprechend den Anforderungen des § 16 Absatz 1 bis 3 zuführt (Branchenlösung).

# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 8 Branchenlösung

(1) ... Der Hersteller muss durch Bescheinigung eines registrierten Sachverständigen nachweisen, dass er oder ein von ihm hierfür beauftragter Dritter

1. bei allen von ihm nach Satz 1 belieferten Anfallstellen eine geeignete branchenbezogene Erfassungsstruktur eingerichtet hat, die eine regelmäßige unentgeltliche Rücknahme aller von ihm dort in Verkehr gebrachten systembeteiligungspflichtigen Verpackungen gewährleistet,
2. schriftliche Bestätigungen aller von ihm nach Satz 1 belieferten Anfallstellen über deren Einbindung in diese Erfassungsstruktur vorliegen hat und ...

# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 13 Getrennte Sammlung

Beim privaten Endverbraucher als Abfall anfallende restentleerte Verpackungen sind, unbeschadet der Vorgaben nach der Gewerbeabfallverordnung, einer vom gemischten Siedlungsabfall getrennten Sammlung gemäß den nachfolgenden Vorschriften zuzuführen.

# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 13 Getrennte Sammlung (Erläuterung)

Erstmals wird eine Pflicht der privaten Endverbraucher zur getrennten Sammlung der Verpackungen normiert. Damit konkretisiert § 13 für den Bereich der Verpackungsabfälle die auf der Abfallrahmenrichtlinie beruhende und in § 14 Absatz 1 KrWG grundsätzliche Pflicht zur getrennten Sammlung. Dabei wird davon ausgegangen, dass den privaten Endverbrauchern eine getrennte Sammlung der bei ihnen anfallenden Verpackungsabfälle technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Diese Voraussetzung dürfte bereits deshalb gegeben sein, weil die Systeme verpflichtet sind, den privaten Endverbrauchern eine haushaltsnahe und ausreichende Sammelstruktur zur Verfügung zu stellen. Damit ist es den privaten Endverbrauchern zukünftig nicht mehr gestattet, ihre Verpackungsabfälle zusammen mit dem gemischten Siedlungsabfall zu erfassen. → GewerbeabfV!

# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 14 Pflichten der Systeme zur Sammlung und Verwertung

(1) Die Systeme sind verpflichtet, im Einzugsgebiet der beteiligten Hersteller eine vom gemischten Siedlungsabfall getrennte, flächendeckende Sammlung aller restentleerten Verpackungen bei den privaten Endverbrauchern (Holsystem) oder in deren Nähe (Bringsystem) oder durch eine Kombination beider Varianten in ausreichender Weise und für den privaten Endverbraucher unentgeltlich sicherzustellen. Die Sammelsysteme müssen geeignet sein, alle bei den privaten Endverbrauchern anfallenden restentleerten Verpackungen bei einer regelmäßigen Leerung aufzunehmen. Die Sammlung ist auf Abfälle privater Endverbraucher zu beschränken.

# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 14 Pflichten der Systeme zur Sammlung und Verwertung

(1) Die Systeme sind verpflichtet, im Einzugsgebiet der beteiligten Hersteller eine vom gemischten Siedlungsabfall getrennte, flächendeckende Sammlung aller restentleerten Verpackungen bei den privaten Endverbrauchern (Holsystem) oder in deren Nähe (Bringsystem) oder durch eine Kombination beider Varianten in ausreichender Weise und für den privaten Endverbraucher unentgeltlich sicherzustellen. Die Sammelsysteme müssen geeignet sein, alle bei den privaten Endverbrauchern anfallenden restentleerten Verpackungen bei einer regelmäßigen Leerung aufzunehmen. Die Sammlung ist auf Abfälle privater Endverbraucher zu beschränken.

# Entwurf Verpackungsgesetz

## **§ 19 Gemeinsame Stelle**

(1) Die Systeme haben sich an einer Gemeinsamen Stelle zu beteiligen. ...

## **§ 20 Meldepflichten**

(1) Systeme sind verpflichtet, die folgenden Informationen über ..., jeweils aufgeschlüsselt nach Materialart und Masse, elektronisch an die Zentrale Stelle zu melden: ...

## **§ 21 Ökologische Gestaltung der Beteiligungsentgelte**

(1) Systeme sind verpflichtet, im Rahmen der Bemessung der Beteiligungsentgelte

1. Anreize zu schaffen, ...
2. Fehlanreize zu vermeiden ...



# Entwurf Verpackungsgesetz

## § 22 Abstimmung

(1) – (4) (Stützung kommunaler Strukturen)

(5) Ein öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger kann mit den Systemen im Rahmen der Abstimmung vereinbaren, dass Nichtverpackungsabfälle aus Kunststoffen oder Metallen, die bei privaten Endverbrauchern anfallen, gemeinsam mit den stoffgleichen Verpackungsabfällen durch eine einheitliche Wertstoffsammlung erfasst werden. Die Einzelheiten der Durchführung der einheitlichen Wertstoffsammlung können der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und die Systeme im Rahmen ihrer jeweiligen Entsorgungsverantwortung näher ausgestalten. ...

Altgeräte im Sinne des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes sowie Altbatterien im Sinne des Batteriegesetzes sind von der einheitlichen Wertstoffsammlung auszuschließen.

# Neues aus dem Recht

Was tut sich derzeit?

Stand Novellierung Abfallbeauftragtenverordnung

Entwurf Verpackungsgesetz

Stand Novellierung Gewerbeabfallverordnung

Änderung LAGA M18 und Feststellung der LAGA-AG

Entwurf KrWG: Streichung der Heizwertklausel

LAGA M31 A

# Entwurf GewAbfV

## § 1 Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für die Bewirtschaftung, insbesondere die Erfassung, die Vorbehandlung, die Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und die sonstige Verwertung,

1. von gewerblichen Siedlungsabfällen und
2. von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen.

(2) Diese Verordnung gilt für

1. Erzeuger und Besitzer der in Absatz 1 genannten Abfälle und
2. Betreiber von Vorbehandlungs- und Aufbereitungsanlagen.

(5) Diese Verordnung gilt nicht für Abfälle, die einem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes überlassen worden sind.

# Entwurf GewAbfV

## § 2 Begriffsbestimmungen

Für diese Verordnung gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

1. gewerbliche Siedlungsabfälle:

a) Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die aufgeführt sind in Kapitel 20 der Anlage der Abfallverzeichnis-Verordnung ... , insbesondere

aa) gewerbliche und industrielle Abfälle sowie

bb) Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen, und die Abfällen aus privaten Haushaltungen auf Grund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung ähnlich sind, sowie

b) weitere nicht in Kapitel 20 der Anlage der Abfallverzeichnis-Verordnung aufgeführte gewerbliche und industrielle Abfälle, die nach Art, Schadstoffgehalt und Reaktionsverhalten wie Siedlungsabfälle entsorgt werden können,

# Entwurf GewAbfV

## § 2 Begriffsbestimmungen

Für diese Verordnung gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

### 2. Abfälle aus privaten Haushaltungen:

Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallorten, wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens,

### 3. Bau- und Abbruchabfälle:

bei Bau- und Abbrucharbeiten anfallende mineralische und weitere nicht mineralische Abfälle, die in Kapitel 17 der Anlage der Abfallverzeichnis-Verordnung aufgeführt sind, ...

# Entwurf GewAbfV

## § 3 Getrennte Sammlung, Vorbereitung zur Wiederverwendung und Recycling von gewerblichen Siedlungsabfällen

(1) Ungeachtet der für die in Nummer 1 bis 4 genannten Abfallfraktionen nach § 14 Absatz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes geltenden

### § 14 Förderung des Recyclings und der sonstigen stofflichen Verwertung

(1) Zum Zweck des ordnungsgemäßen, schadlosen und hochwertigen Recyclings sind Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfälle spätestens ab dem 1. Januar 2015 getrennt zu sammeln, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist.

und Besitzer von  
n  
n und zu  
atz 1 des  
orbereitung zur  
Wiederverwendung oder dem Recycling zuzuführen:

### § 3 Begriffsbestimmungen

(7) Bioabfälle im Sinne dieses Gesetzes sind biologisch abbaubare pflanzliche, tierische oder aus Pilzmaterialien bestehende

1. Garten- und Parkabfälle,
2. Landschaftspflegeabfälle,
3. Nahrungs- und Küchenabfälle aus Haushaltungen, aus dem Gaststätten- und Cateringgewerbe, aus dem Einzelhandel und vergleichbare Abfälle aus
3. Nahrungsmittelverarbeitungsbetrieben sowie 4. Abfälle aus sonstigen
4. Herkunftsbereichen, die den in den Nummern 1 bis 3 genannten Abfällen nach Art, Beschaffenheit oder stofflichen Eigenschaften vergleichbar sind.
- 5.
6. Textilien,
7. Bioabfälle nach § 3 Absatz 7 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und
8. weitere Abfallfraktionen, die in den in § 2 Nummer 1 Buchstabe b genannten Abfällen (*20er Abfälle*) enthalten sind.

# Entwurf GewAbfV

(2) Die Pflichten nach Absatz 1 Satz 1 entfallen, soweit die getrennte Sammlung der jeweiligen Abfallfraktion technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist. Technisch nicht möglich ist die getrennte Sammlung insbesondere dann, wenn auf Grund beengter Platzverhältnisse eine Aufstellung der Abfallbehälter für die getrennte Sammlung ausscheidet. Die getrennte Sammlung ist dann wirtschaftlich nicht zumutbar, wenn die Kosten für die getrennte Sammlung, insbesondere auf Grund einer hohen Verschmutzung oder einer sehr geringen Menge der jeweiligen Abfallfraktion, außer Verhältnis zu den Kosten für eine gemischte Sammlung und eine anschließende Vorbehandlung stehen.



# Entwurf GewAbfV

(3) Erzeuger und Besitzer haben die Erfüllung der Pflichten nach Absatz 1 Satz 1 oder, im Fall der Abweichung von diesen Pflichten, das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 2 zu dokumentieren. Die Dokumentation ist wie folgt vorzunehmen:

1. für die getrennte Sammlung durch Lagepläne, Lichtbilder, Praxisbelege, wie Liefer- oder Wiegescheine oder ähnliche Dokumente,
2. für die Zuführung der getrennt gesammelten Abfälle zur Vorbereitung zur Wiederverwendung oder zum Recycling durch eine Erklärung desjenigen, der die Abfälle übernimmt, wobei die Erklärung dessen Namen und Anschrift sowie die Masse und den beabsichtigten Verbleib des Abfalls zu enthalten hat und
3. für das Abweichen von der Pflicht zur getrennten Sammlung durch eine Darlegung der technischen Unmöglichkeit und der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit.

Die Dokumentation ist auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen.

# Entwurf GewAbfV

## § 4 Vorbehandlung von gewerblichen Siedlungsabfällen

(1) Entfallen die Pflichten nach § 3 Absatz 1 Satz 1 unter den Voraussetzungen des § 3 Absatz 2, sind Erzeuger und Besitzer der nicht getrennt gehaltenen Abfälle verpflichtet, diese unverzüglich einer Vorbehandlungsanlage zuzuführen. In diesen Gemischen dürfen

1. Abfälle aus der humanmedizinischen oder tierärztlichen Versorgung und Forschung gemäß Kapitel 18 der Anlage der Abfallverzeichnis-Verordnung nicht enthalten sein

sowie

2. Bioabfälle und Glas nur enthalten sein, soweit sie die Vorbehandlung nicht beeinträchtigen oder verhindern.

# Entwurf GewAbfV

## § 4 Vorbehandlung von gewerblichen Siedlungsabfällen

(4) Entfällt die Pflicht nach Absatz 1 Satz 1 unter den Voraussetzungen des Absatzes 3, so haben Erzeuger und Besitzer die Gemische von anderen Abfällen getrennt zu halten und unverzüglich vorrangig einer ordnungsgemäßen, schadlosen und hochwertigen sonstigen, insbesondere energetischen, Verwertung zuzuführen. In diesen Gemischen dürfen

1. Abfälle aus der humanmedizinischen oder tierärztlichen Versorgung und Forschung gemäß Kapitel 18 der Anlage der Abfallverzeichnis-Verordnung nicht enthalten sein

sowie

2. Bioabfälle, Glas, Metalle und mineralische Abfälle nur enthalten sein, soweit sie die hochwertige sonstige, insbesondere energetische Verwertung nicht beeinträchtigen oder verhindern.

# Entwurf GewAbfV

## **§ 5 Gemeinsame Erfassung und Entsorgung von Kleinmengen**

Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen können diese gemeinsam mit den auf dem jeweiligen Grundstück anfallenden Abfällen aus privaten Haushaltungen in den dafür vorgesehenen Abfallbehältern erfassen und im Rahmen der für die privaten Haushaltungen vorgesehenen Entsorgungswege einer Verwertung oder einer Beseitigung zuführen, wenn ihnen auf Grund der geringen Menge der angefallenen gewerblichen Siedlungsabfälle eine Erfüllung der Pflichten nach den §§ 3 und 4 wirtschaftlich nicht zumutbar ist. Für diesen Fall entfällt die Pflicht zur Benutzung von Abfallbehältern nach § 7 Absatz 2.

# Entwurf GewAbfV

## § 7 Überlassung von gewerblichen Siedlungsabfällen, die nicht verwertet werden

(1) Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen, die nicht verwertet werden, haben diese dem zuständigen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nach Maßgabe des § 17 Absatz 1 Satz 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu überlassen.

(2) Erzeuger und Besitzer haben für die Überlassung Abfallbehälter des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers oder eines von ihm beauftragten Dritten in angemessenem Umfang nach den näheren Festlegungen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, mindestens aber einen Behälter, zu nutzen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, soweit der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger gewerbliche Siedlungsabfälle, die nicht verwertet werden, gemäß § 20 Absatz 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes von der Entsorgung ausgeschlossen hat.

# Entwurf GewAbfV

## **§ 8 Getrennte Sammlung, Vorbereitung zur Wiederverwendung und Recycling von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen**

(1) Ungeachtet der für die in Nummer 1 bis 3 genannten Abfallfraktionen geltenden Pflichten zur Getrenntsammlung nach § 14 Absatz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes haben Erzeuger und Besitzer von Bau- und Abbruchabfällen die folgenden Abfallfraktionen jeweils getrennt zu sammeln, zu befördern und nach Maßgabe des § 8 Absatz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorrangig der Vorbereitung zur Wiederverwendung oder dem Recycling zuzuführen:

# Entwurf GewAbfV

## **§ 8 Getrennte Sammlung, Vorbereitung zur Wiederverwendung und Recycling von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen**

1. Glas (Abfallschlüssel 17 02 02),
2. Kunststoff (Abfallschlüssel 17 02 03),
3. Metalle, einschließlich Legierungen (Abfallschlüssel 17 04 01 bis 17 04 07 und 17 04 11),
4. Holz (Abfallschlüssel 17 02 01),
5. Dämmmaterial (Abfallschlüssel 17 06 04),
6. Bitumengemische (Abfallschlüssel 17 03 02),
7. Baustoffe auf Gipsbasis (Abfallschlüssel 17 08 02),
8. Beton (Abfallschlüssel 17 01 01),
9. Ziegel (Abfallschlüssel 17 01 02) und
10. Fliesen und Keramik (Abfallschlüssel 17 01 03).

# Entwurf GewAbfV

## **§ 8 Getrennte Sammlung, Vorbereitung zur Wiederverwendung und Recycling von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen**

(2) Die Pflichten nach Absatz 1 Satz 1 entfallen, soweit die getrennte Sammlung der jeweiligen Abfallfraktion technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist. Technisch nicht möglich ist die getrennte Sammlung insbesondere dann, wenn auf Grund beengter Platzverhältnisse eine Aufstellung der Abfallbehälter für die getrennte Sammlung ausscheidet. Die getrennte Sammlung der in Absatz 1 Satz 1 Nummer 8, 9 und 10 genannten mineralischen Abfälle ist insbesondere auch dann technisch nicht möglich, wenn sie aus rückbaustatischen oder rückbautechnischen Gründen ausscheidet.

→ Wenn nicht: Vorbehandlungsanlage



# Neues aus dem Recht

Was tut sich derzeit?

Stand Novellierung Abfallbeauftragtenverordnung

Entwurf Verpackungsgesetz

Stand Novellierung Gewerbeabfallverordnung

Änderung LAGA M18 und Feststellung der LAGA-AG

Entwurf KrWG: Streichung der Heizwertklausel

LAGA M31 A

# Änderungen LAGA M18

Seit Januar 2015

- Atemkalk zugeordnet zu AS 180106\*
- Luftfilter von Zytostatika-Sicherheitswerkbänken zugeordnet zu AS 180108\*

Bis Ende 2014

- Verbrauchter Atemkalk zugeordnet zu AS 180107
- Luftfilter von Zytostatika-Sicherheitswerkbänken zugeordnet zu AS 180104

# Änderungen LAGA M18

## Luftfilter von Zytostatika-Sicherheitswerkbänken

Bis Ende 2014

### AS 180108

In der Regel nicht dazu gehören gering kontaminierte Abfälle.

Zu diesen Abfällen zählen u. a.:

- Tupfer,
- ...
- leere Zytostatikabehälter nach bestimmungsgemäßer Anwendung (Ampullen, Spritzenkörper, Schläuche und Infusionsflaschen),
- Luftfilter von Sicherheitswerkbänken.

Diese Abfälle sind dem AS 18 01 04 zuzuordnen.

# Änderungen LAGA M18

## Luftfilter von Zytostatika-Sicherheitswerkbänken

Seit Januar 2015

### **AS 180108**

Dies gilt u. a. für:

- nicht vollständig entleerte Originalbehältnisse (z. B. bei Therapieabbruch angefallene oder nicht bestimmungsgemäß angewandte Zytostatika),
- ...
- Luftfilter von Sicherheitswerkbänken.

# Änderungen LAGA M18

## **Luftfilter von Zytostatika-Sicherheitswerkbänken**

TRGS 525, 5.2.3 (4): „Da eine Belastung der Luftfilter der Sicherheitswerkbänke nicht auszuschließen ist, sind aus Vorsorgegründen beim Filterwechsel Schutzmaßnahmen gemäß Gefährdungsbeurteilung zu ergreifen.“

Daraus wurde auf gefährlichen Abfall geschlossen.



# Änderungen LAGA M18

## Verbrauchter Atemkalk

Atemkalk besteht zu einem großen Teil aus Calciumhydroxid.

Kennzeichnungspflichtig mit GHS 05, 07, H315, 318, 335



Ein Abfall ist nach Abfallrahmenrichtlinie 2008/98/EG (in an CLP angeglicher Ausgabe) als gefährlich beim Punkt HP4 (haut- und augenreizend) anzusehen, wenn  $\geq 10\%$  an Stoffen H318 enthalten sind.

Laut Aussage von Atemkalkherstellern verbleiben auch nach Gebrauch  $\geq 10\%$  Calciumhydroxid im Behälter.

# Neues aus dem Recht

Was tut sich derzeit?

Stand Novellierung Abfallbeauftragtenverordnung

Entwurf Verpackungsgesetz

Stand Novellierung Gewerbeabfallverordnung

Änderung LAGA M18 und Feststellung der LAGA-AG

Entwurf KrWG: Streichung der Heizwertklausel

LAGA M31 A

# Änderung KrWG

## Heizwertklausel

Mit dem Änderungsgesetz plant die Bundesregierung, die sogenannte Heizwertklausel in § 8 Abs. 3 KrWG zu streichen.

Nicht betroffen davon sind Abfälle, die unter andere abfallrechtliche Verordnungen fallen.

### **§ 8 Rangfolge und Hochwertigkeit der Verwertungsmaßnahmen**

(3) Soweit der Vorrang oder Gleichrang der energetischen Verwertung nicht in einer Rechtsverordnung nach Absatz 2 festgelegt wird, ist anzunehmen, dass die energetische Verwertung einer stofflichen Verwertung nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 und 3 gleichrangig ist, wenn der Heizwert des einzelnen Abfalls, ohne Vermischung mit anderen Stoffen, mindestens 11 000 Kilojoule pro Kilogramm beträgt. Die Bundesregierung überprüft auf der Grundlage der abfallwirtschaftlichen Entwicklung bis zum 31. Dezember 2016, ob und inwieweit der Heizwert zur effizienten und rechtssicheren Umsetzung der Abfallhierarchie des § 6 Absatz 1 noch erforderlich ist.

welt  
stet



# Neues aus dem Recht

Was tut sich derzeit?

Stand Novellierung Abfallbeauftragtenverordnung

Entwurf Verpackungsgesetz

Stand Novellierung Gewerbeabfallverordnung

Änderung LAGA M18 und Feststellung der LAGA-AG

Entwurf KrWG: Streichung der Heizwertklausel

LAGA M31 A

# LAGA M31 A

Im Auftrag der Umweltministerkonferenz überarbeitet ein von der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) eingesetzter Ad-hoc-Ausschuss derzeit die LAGA-Mitteilung 31.

Die bisherige M 31 wird künftig in die Teile M 31 A „Anforderungen an die Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten“ und M 31 B „Technische Anforderungen an die Behandlung und Verwertung von Elektro- und Elektronikaltgeräten“ aufgesplittet werden, um ggf. später erforderliche Aktualisierungen einfacher durchführen zu können.

Der Teil M 31 A liegt nun im Entwurf vor

# LAGA M31 A

## Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes

Das ElektroG legt konkrete Pflichten für die Hersteller der Produkte, den Handel, die Kommunen, die Besitzer von EAG sowie die Entsorger fest. Die Hersteller sind im Rahmen der ihnen übertragenen Produktverantwortung für die Rücknahme der EAG verantwortlich. Dies beinhaltet insbesondere auch die Organisation der Abholung der EAG bei kommunalen Übergabestellen und ihre ordnungsgemäße Entsorgung. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) hingegen sind für die Einrichtung und den Betrieb der Sammelstellen zuständig. Die Bürgerinnen und Bürger sind nach dem ElektroG verpflichtet, ihre EAG einer vom Siedlungsabfall getrennten Erfassung zuzuführen.

# LAGA M31 A

## Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes

Wesentliche Änderungen des ElektroG sind:

- Ergänzung des Anwendungsbereichs um Photovoltaikmodule und Leuchten aus privaten Haushalten. Ab dem 15. August 2018 fallen alle elektrischen und elektronischen Geräte in den Anwendungsbereich, wenn sie davon nicht explizit ausgeschlossen sind; eine Zuordnung zu den Kategorien ist für die Feststellung, ob ein Gerät dem Anwendungsbereich des ElektroG unterliegt, dann nicht mehr erforderlich.

Die Zuordnung zu einer der sechs Kategorien dient hauptsächlich dem Monitoring bzgl. der Erfüllung der Verwertungsquoten.

- ...

# LAGA M31 A

## **Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes**

SG 1: Haushaltsgroßgeräte, automatische Ausgabegeräte,

SG 2: Kühlgeräte, ölfüllte Radiatoren,

SG 3: Bildschirme, Monitore und TV-Geräte,

SG 4: Lampen,

SG 5: Haushaltskleingeräte, Informations- und Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, Leuchten und sonstige Beleuchtungskörper sowie Geräte für die Ausbreitung oder Steuerung von Licht, elektrische und elektronische Werkzeuge, Spielzeuge, Sport- und Freizeitgeräte, Medizinprodukte, Überwachungs- und Kontrollinstrumente,

SG 6: Photovoltaikmodule.

# LAGA M31 A

## Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes

Nach § 19 ElektroG erfolgt die Erfassung von Altgeräten anderer Nutzer als privater Haushalte und von Altgeräten, die in Beschaffenheit und Menge nicht mit den üblicherweise in privaten Haushaltungen anfallenden Mengen vergleichbar sind, durch den Hersteller, soweit keine abweichenden Vereinbarungen getroffen wurden. Eine Ausnahme bilden hierbei die historischen Altgeräte, für deren Entsorgung der Besitzer verantwortlich ist (hierzu siehe auch Kapitel 3.2). ÖrE und Vertreiber sind insofern nicht berechtigt, EAG anderer Nutzer als privater Haushalte zu sammeln.

# LAGA M31 A

## Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes

Unter Altgeräten aus privaten Haushalten werden gemäß § 3 Nummer 5 ElektroG Altgeräte verstanden, die in privaten Haushaltungen im Sinne des KrWG anfallen sowie Altgeräte aus sonstigen Herkunftsbereichen, soweit die Beschaffenheit und die Menge dieser Geräte der haushaltsüblichen Beschaffenheit und Menge entspricht. Hierunter fallen sogenannte Dual-Use-Geräte, sofern sie die genannten Bedingungen erfüllen. Dual-Use-Geräte sind Elektro- und Elektronikgeräte, die sowohl in privaten Haushalten als auch gewerblich genutzt werden können. Zu den EAG aus privaten Haushalten können insofern auch Altgeräte aus Gewerbebetrieben, Büros, Schulen, Behörden und Gaststätten zählen (Beispiele: Computer und andere IT-Geräte, Kaffeemaschinen und andere Küchengeräte, Werkzeuge).

# LAGA M31 A

Altgeräte anderer Nutzer als privater Haushalte können nach dem ElektroG anfallen bei

- der Rücknahme von Altgeräten gem. § 19 Abs. 1 ElektroG aus gewerblichen Anfallstellen durch einen Hersteller oder im Fall einer Bevollmächtigung nach § 8 ElektroG dessen Bevollmächtigten, z.B. Röntengeräte, Schaltschränke oder Getränkeautomaten,
- der Rücknahme von Altgeräten, die gem. § 19 Abs. 1 ElektroG in Beschaffenheit und Menge nicht mit den üblicherweise in privaten Haushalten anfallenden Altgeräten vergleichbar sind, durch den Hersteller oder durch den Bevollmächtigten, z.B. Computer aus Großbetrieben in hoher Stückzahl.



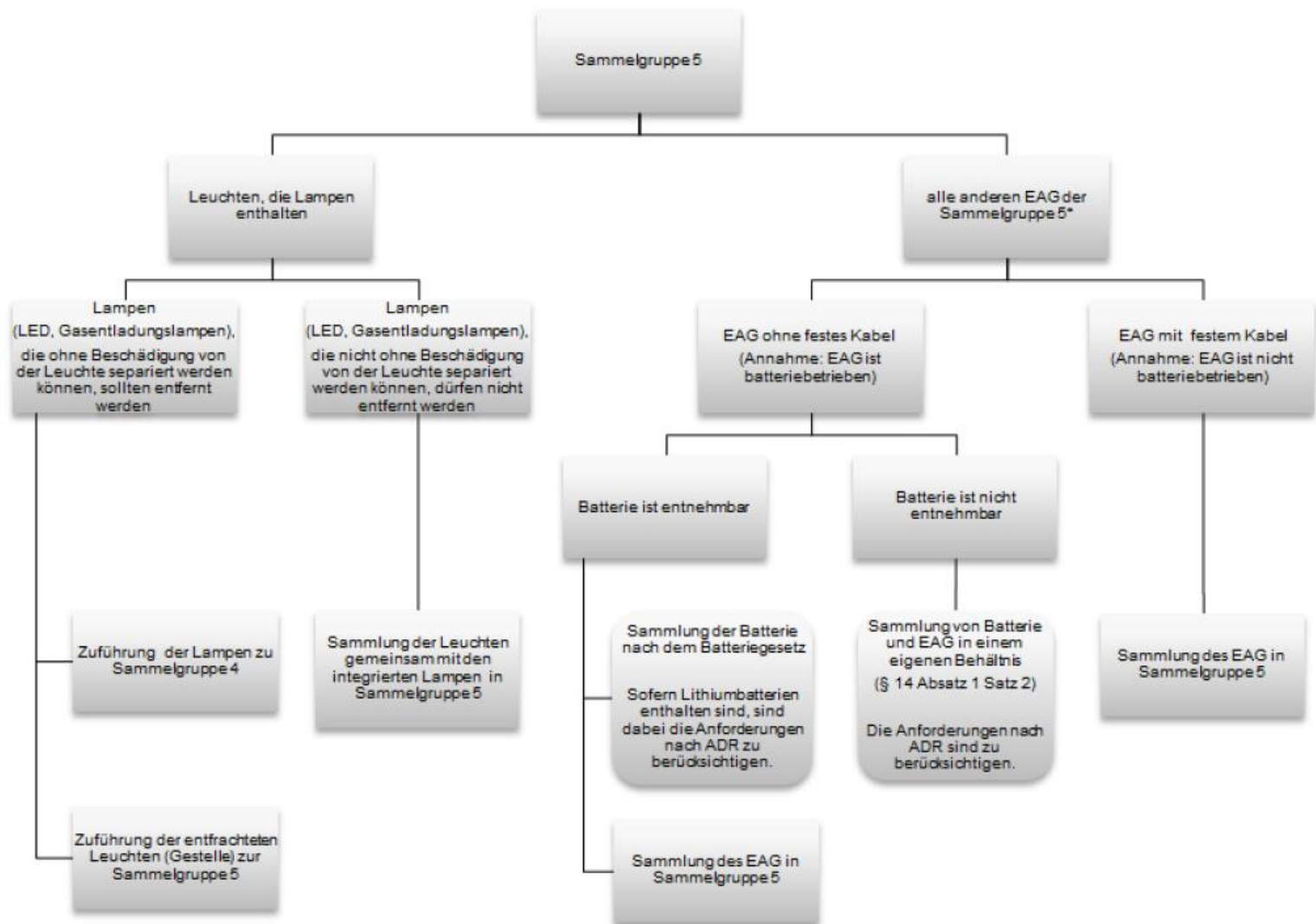
# LAGA M31 A

Entsorgungspflichtige Besitzer gemäß § 19 Absatz 1 Satz 2 ElektroG müssen – sofern sie keine abweichende Vereinbarung gemäß § 19 Absatz 1 Satz 4 ElektroG mit dem Hersteller getroffen haben - ihre EAG bei einer zertifizierten Erstbehandlungsanlage abgeben. Eine Abgabe der EAG von entsorgungspflichtigen Besitzern an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ist nicht zulässig.

# Sammlung

**Tabelle 2.2:** Übersicht über Zuordnung der EAG zu den Sammelgruppen bis und ab 08/2018

SG	Bis 15. August 2018	Ab 15. August 2018	SG
1	Haushaltsgroßgeräte, automatische Ausgabegeräte	Wärmeüberträger	1
	Nachtspeicherheizungen mit Asbest bzw. Chrom VI		
2	Kühlgeräte, ölgefüllte Radiatoren	Bildschirme, Monitore und Geräte mit Bildschirmen mit einer Oberfläche > 100 cm <sup>2</sup>	2
		Batteriebetriebene EAG	
3	Bildschirme, Monitore, TV- Geräte	Lampen	3
4	Lampen	Großgeräte	4
		Nachtspeicherheizungen mit Asbest bzw. Chrom VI	
		Batteriebetriebene EAG	
5	HHKG, ITK, UE, Leuchten, Beleuchtungskörper, Spielzeuge, Werkzeuge, Sport- und Freizeitgeräte, Medizinprodukte, Überwachungs- und Kontrollinstrumente	Kleingeräte und kleine ITK < 50 cm	5
	Batteriebetriebene EAG	Batteriebetriebene EAG	
6	Photovoltaikmodule	Photovoltaikmodule	6



\* Ist davon auszugehen, dass das EAG eine Li-haltige Batterie enthält, ist dieses EAG grundsätzlich wie ein EAG mit nicht entnehmbarer Batterie zu behandeln. Die Anforderungen nach ADR sind dabei zu berücksichtigen.

**Abbildung 2.2:** Entscheidungsbaum zur Erfassung von Lampen, Leuchten, Altbatterien aus EAG und EAG mit Batterien

# LAGA M31 A

## Transport von batteriebetriebenen Geräten

Grundsätzlich ist eine getrennte Abholung von batteriebetriebenen EAG und anderen Elektroaltgeräten der Sammelgruppe 5 gemäß ElektroG vorgesehen. Ein gemeinsamer Transport ist nur dann zulässig, wenn eine den Anforderungen des ADR entsprechende Ladungssicherung gewährleistet ist. Ein gemeinsamer Transport von batteriebetriebenen Elektroaltgeräten der Sammelgruppe 5 in Gitterboxen mit den anderen Elektroaltgeräten der Sammelgruppe 5 in einem Container ist ungeeignet, da es sowohl beim Transport als auch bei der Entladung zu einer Zerstörung der Gitterboxen und damit auch der EAG kommen kann.

# LAGA M31 A

## **Hersteller-Rücknahme von EAG anderer Nutzer als privater Haushalte**

Soweit Hersteller Geräte für andere Nutzer als private Haushalte in Verkehr bringen, sind sie zu deren kostenlosen Rücknahme verpflichtet, wenn diese Geräte zu Abfall werden. Insofern bezieht sich die Rücknahmepflicht auf die von dem jeweiligen Hersteller selbst in Verkehr gebrachten Geräte.

Gemäß § 19 Absatz 1 ElektroG ist der Zeitpunkt, zu dem das zur Entsorgung anstehende EAG in Verkehr gebracht wurde, dafür maßgeblich, wer für die Entsorgung von EAG anderer Nutzer als privater Haushalte zuständig ist.

Zur Entsorgung historischer EAG – also von EAG, die vor dem 13. August 2005 in Verkehr gebracht wurden sowie von Photovoltaikmodulen, die vor dem 24. Oktober 2015 in Verkehr gebracht wurden – ist grundsätzlich der Besitzer verpflichtet.

# LAGA M31 A

## Mitteilungspflichten

Der entsorgungspflichtige Besitzer – also der Besitzer eines historischen FAG oder eines FAG, dessen Hersteller aus dem

### **§ 30 Mitteilungspflichten der entsorgungspflichtigen Besitzer nach § 19**

(1) Jeder entsorgungspflichtige Besitzer nach § 19 hat der Gemeinsamen Stelle, sofern er die Altgeräte nicht einem Hersteller übergibt, bis zum 30. April des folgenden Kalenderjahres Folgendes gemäß den Sätzen 2 und 3 mitzuteilen:

1. die von ihm je Kategorie im Kalenderjahr zur Wiederverwendung vorbereiteten und recycelten Altgeräte,
2. die von ihm je Kategorie im Kalenderjahr verwerteten Altgeräte,
3. die von ihm je Kategorie im Kalenderjahr beseitigten Altgeräte und
4. die von ihm je Kategorie im Kalenderjahr in Länder der Europäischen Union oder in Drittstaaten zur Behandlung ausgeführten Altgeräte.

Bei diesen Mitteilungen sind Gasentladungslampen und sonstige Lampen gesondert auszuweisen. Die Mitteilungen müssen die Formatvorgaben der Gemeinsamen Stelle gemäß § 33 Absatz 1 Satz 4 erfüllen.

# LAGA M31 A

## § 10 ElektroG Getrennte Erfassung

(1) Besitzer von Altgeräten haben diese einer vom unsortierten Siedlungsabfall getrennten Erfassung zuzuführen.

Sie haben Altbatterien und Altakkumulatoren, die nicht vom Altgerät umschlossen sind, vor der Abgabe an einer Erfassungsstelle von diesem zu trennen.

→ Batterien entnehmen und über GRS entsorgen

# LAGA M31 A

## ADR

Bei der Beförderung ist zu berücksichtigen, dass nicht nur die Beförderung von Lithiumbatterien, sondern auch die Beförderung von Lithiumbatterien in Ausrüstungen als auch von Lithiumbatterien, die mit Ausrüstungen verpackt sind, geregelt wird. Unter den Begriff der Ausrüstungen fallen dabei auch EAG. Bei der Beförderung von EAG, die lithiumhaltige Batterien enthalten, sind daher ebenfalls die Anforderungen des ADR zu berücksichtigen.



Für die Verpackung und die Beförderung von EAG, die **unbeschädigte Lithiumbatterien** enthalten, ergibt sich danach folgendes Bild:

<p>EAG mit Lithiumbatterien (auch gemischt mit EAG ohne Lithium-Batterien),</p> <p><b>unbeschädigt,</b></p> <p>&gt; 500 g,</p> <p>&gt; 20 bzw. 100 Wh,</p> <p>&gt; 1 bzw. 2 g Lithium-Anteil</p> <p>je Batterie oder Zelle</p>	<p>UN 3091 / 3481</p> <p>„LITHIUMBATTERIEN ZUR ENTSORGUNG“ oder „LITHIUMBATTERIEN ZUM RECYCLING“</p> <p>Gefahrzettel Klasse 9</p>	<p><u>bis zur Zwischenverarbeitungsstelle und ab der Zwischenverarbeitungsstelle:</u></p> <p>SV 377 und P 909:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• widerstandsfähige Außenverpackung oder</li> <li>• unverpackte Beförderung (z.B. Gitterboxen), vorausgesetzt, die enthaltenen Zellen und Batterien werden durch das Gerät gleichwertig geschützt</li> <li>• Sicherung der Zellen oder Batterien vor übermäßiger Bewegung und</li> <li>• Kurzschlussicherung und Verhinderung von gefährlicher Wärmeentwicklung</li> </ul>	<p>Gefahrguttransport der Klasse 9, sonstige Anforderungen des ADR sind einzuhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beförderungsdokument und</li> <li>• Feuerlösch-ausrüstung;</li> </ul> <p>abhängig von der Gesamtmenge der mit der Beförderungseinheit beförderten gefährlichen Güter (1.1.3.6), ggf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• schriftliche Weisungen,</li> <li>• orangefarbene Kennzeichnung,</li> <li>• zwei Feuerlöscher,</li> <li>• geschulter Fahrer,</li> <li>• persönliche Schutzausrüstung</li> </ul>
--	---	--	--

Für die Verpackung und die Beförderung von EAG, die beschädigte/defekte Lithium-Batterien enthalten, ergibt sich danach folgendes Bild:

Fraktion	UN-Nummer und Kennzeichnung	Verpackung	Hinweise
<p>EAG mit Lithiumbatterien (auch gemischt mit EAG ohne Lithiumbatterien),</p> <p>beschädigt,</p> <p>ohne gefährliche Reaktionen (Einschätzung u. Verantwortung d. Annahmestelle!)</p>	<p>UN 3091 / 3481</p> <p>„BESCHÄDIGTE/DEFEKTE LITHIUM-IONEN-BATTERIEN“</p> <p>oder</p> <p>„BESCHÄDIGTE/DEFEKTE LITHIUM-METALL-BATTERIEN“</p> <p>Gefahrzettel Klasse 9</p>	<p>SV 376 und</p> <p>P 908:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bauartzugelassene Gefahrgutverpackung (Fass, Kiste, Kanister - Verpackungsgruppe II);</li> <li>• Nicht brennbares und nicht leitfähiges Polstermaterial</li> <li>• Einzeln verpacken in Innen- und Außenverpackung mit nicht brennbarem und nicht leitfähigen Wärmedämmstoff,</li> <li>• Kurzschlussicherung,</li> <li>• Entlüftungseinrichtung,</li> <li>• Maßnahmen zum Schutz vor Vibrationen und Stößen,</li> <li>• Saugfähiges Inertmaterial bei Auslaufen</li> </ul>	<p>Gefahrguttransport der Klasse 9, sonstige Anforderungen des ADR sind einzuhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beförderungsdokument und</li> <li>• Feuerlöschhausrüstung;</li> </ul> <p>abhängig von der Gesamtmenge der mit der Beförderungseinheit beförderten gefährlichen Güter (1.1.3.6) ggf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• schriftliche Weisungen,</li> <li>• orangefarbene Kennzeichnung,</li> <li>• zwei Feuerlöscher,</li> <li>• geschulter Fahrer,</li> <li>• persönliche Schutzausrüstung</li> </ul>

Für die Verpackung und den Transport von EAG, die kleine/leistungsschwache Lithiumbatterien enthalten, ergibt sich danach folgendes Bild:

Fraktion	UN-Nummer und Kennzeichnung	Verpackung	Hinweise
<p>EAG mit Lithiumbatterien (auch gemischt mit EAG ohne Lithiumbatterien),</p> <p>unbeschädigt,</p> <p>≤ 500 g,</p> <p>≤ 20 bzw. 100 Wh,</p> <p>≤ 1 bzw. 2 g Lithium-Anteil</p> <p>je Batterie oder Zelle</p>	<p>UN 3091 / 3481</p> <p>„LITHIUMBATTERIEN ZUR ENTSORGUNG“ oder „LITHIUMBATTERIEN ZUM RECYCLING“</p>	<p>bis zur Zwischenverarbeitungsstelle:</p> <p>SV 636 und P 909 ohne zusätzliche Vorschriften 1 und 2:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>widerstandsfähige Außenverpackung oder</li> <li>unverpackte Beförderung (z.B. Gitterboxen), vorausgesetzt, die enthaltenen Zellen und Batterien werden durch das Gerät gleichwertig geschützt</li> <li>Sicherung der Zellen oder Batterien vor übermäßiger Bewegung</li> </ul>	<p>≤ 333 kg Lithiumbatterien und -zellen pro Beförderungseinheit, Qualitätssicherungssystem</p>

Für die Verpackung und den Transport von EAG, die **kleine/leistungsschwache Lithiumbatterien** enthalten, ergibt sich danach folgendes Bild:

<p>EAG mit Lithiumbatterien (auch gemischt mit EAG ohne Lithiumbatterien),</p> <p>beschädigt,</p> <p>≤ 500 g,</p> <p>≤ 20 bzw. 100 Wh,</p> <p>≤ 1 bzw. 2 g Lithium-Anteil</p> <p>je Batterie oder Zelle</p>	<p>UN 3091 / 3481</p> <p>„LITHIUMBATTERIEN ZUR ENTSORGUNG“ oder „LITHIUMBATTERIEN ZUM RECYCLING“</p>	<p>bis zur Zwischenverarbeitungsstelle:</p> <p>SV 636 und P 909 ohne zusätzliche Vorschriften 1 und 2:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• widerstandsfähige Außenverpackung</li> <li>• Sicherung der Zellen oder Batterien vor übermäßiger Bewegung</li> </ul>	<p>≤ 333 kg Lithiumbatterien und -zellen pro Beförderungseinheit,</p> <p>Qualitätssicherungssystem</p>
---	--	--	--

# LAGA M31 A

## Beförderung von Lithiumbatterien Nach GRS-Anweisung



**Kann ich noch Fragen beantworten?**



# Einen sicheren Heimweg wünschen die Veranstalter

